

**Leitthesen zur Hochschulpolitik**  
**- Leistung, Autonomie und Wettbewerb**

Beschluss des Bundesvorstandes am 24. Januar 2004 in Berlin

Junge Union Deutschlands tritt für eine komplette Reform der Hochschulpolitik ein. Das deutsche Hochschulsystem muss sich neu orientieren, hin zu mehr Leistung, Autonomie und Wettbewerb.

Wir fordern konkret:

Im Rahmen des Generationenvertrages muss die ältere Generation auch weiter in die Ausbildung junger Menschen investieren. Gerade weil es immer weniger von ihnen geben wird, diese aber mehr leisten müssen um unseren Wohlstand zu erhalten. Deshalb treten wir für eine „Selbstverpflichtung Demographie“ ein, die eine Festschreibung aller Hochschulausgaben mit Berücksichtigung eines Inflationsausgleiches bis ins Jahr 2015 vorsieht. Es darf nicht an der Zukunftsfähigkeit Deutschlands gespart werden. Ziel ist es, auch in Zeiten schwieriger Kassenlage mehr Geld in die Bildung zu investieren, anstatt die Ausgaben hierfür zu kürzen.

- Die Finanzierung der Hochschulen soll umgestellt werden. Zusätzlich zu einer staatlichen Grundfinanzierung, die auf Subjektförderung mit qualitativer Komponente umgestellt wird, müssen die Etats der Hochschulen zukünftig aus Studiengebühren und durch die verstärkte Einwerbung von Drittmitteln aufgestockt werden, um eine Verbesserung in Forschung und Lehre zu erreichen.
- Die Ausbildung der Hochschullehrer muss verändert werden: Wir verlangen für unsere Studiengebühren nicht nur kleinere Lerngruppen, sondern auch bessere fachdidaktische Kenntnisse der Professoren und mehr Veranstaltungen durch externe Praktiker.
- Der Austausch zwischen Universität, Verwaltung und Wirtschaft muss verstärkt werden. Immerhin bilden Universitäten zu meist für Wirtschaft und Verwaltung aus.
- Die Alumnikultur in Deutschland muss verbessert werden. Davon können die Hochschulen insbesondere auch finanziell profitieren.

- Im Rahmen der Hochschulautonomie, für die wir eintreten, müssen die Universitäten verschiedene Rechte bekommen. Um nur einige zu nennen: Dienstherreneigenschaft, Arbeitgeberfunktion, freie Wahl der Rechtsform (z.B. Stiftungsuniversität), Verfügung über Immobilien, Globalhaushalte oder kaufmännisches Rechnungswesen. Dies alles soll durch hauptamtliche Dekane gewährleistet werden, die über betriebswirtschaftliche Kenntnisse verfügen müssen und vor allem bei der Einwerbung von Drittmitteln in enger Absprache mit den Lehrstühlen operieren. Die Gruppenuniversitäten sind hierbei abzuschaffen und durch ein entbürokratisiertes System zu ersetzen. Auch wollen wir, dass Universitäten von Unternehmen, z.B. Corporate Universities, zukünftig stärker gefördert werden.
- Durch die ständige Fortentwicklung des Wissenstandes ist das lebenslange Lernen eine Notwendigkeit. Gründliche Methodenkompetenz als Anleitung zum lebenslangen Lernen muss deshalb im ersten Jahr der universitären Ausbildung vermittelt werden. Daneben fordern wir den Ausbau von virtuellen Hochschulen und universitären Weiterbildungskursen für Berufstätige.
- Wir fordern eine Stärkung des Wettbewerbs durch Abschaffung der ZVS, der Hochschulrahmengesetzgebung des Bundes sowie der Gemeinschaftsaufgabe des Hochschulbaus. Viel mehr müssen Benchmarks entwickelt werden, an denen sich die Hochschulen zu orientieren haben. Mögliche Benchmarks wären z.B.:
  - Absolventenverbleib
  - Abschlüsse, Dissertationen, Habilitationen
  - Forschungsindikator.
 Des Weiteren sollen die Universitäten ihre Hochschüler selbst auswählen dürfen.
- Der europäische und weltweite Austausch zwischen den Hochschulen wird und muss weiter zunehmen. Deshalb fordern wir eine stärkere Modularisierung der Studiengänge sowie die komplette Einführung des European Credit Point Systems. Allerdings darf durch eine Begriffsdiskussion nicht von einer Inhaltsgespräch abgelenkt werden. Für die JU haben transparente Begriffe, Vergleichbarkeit sowie Qualitätssicherung und Qualitätssteigerung im deutschen

Hochschulsystem größere Priorität als eine Strukturreform im Rahmen des Bologna – Prozesses.

- Wir treten für eine stärkere Evaluation der Forschung und Lehre ein, die auch Konsequenzen, z.B. in der Besoldung, haben muss. Grundsätzlich ist die Junge Union für alle Gestaltungsvorschläge hierbei offen, die konkrete Ausgestaltung muss allerdings zukünftig bei den einzelnen Bundesländern liegen.